

Ausführungsvorschriften zu den Bestimmungen des Reichsrats vom 10. Januar 1920 über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen.¹

Gemäß Nr. 40 der Bestimmungen des Reichsrats vom 10. Januar 1920 über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen wird bestimmt (siehe Nr. 14 dieses Jahrgangs unserer Zeitschrift):

I. Allgemeines.

1. Zu Nr. 1. Die zur Schaffung neuer Wohnungen gewährten Reichsmittel werden als bedingt rückzahlbare, zunächst unverzinsliche Darlehen gegeben.

Vor der Gewährung eines Reichsdarlehens ist zu prüfen, ob der rentierliche Wert des Hauses, insbesondere die Mieten, in angemessener Höhe festgesetzt sind, und ob die Aufbringung der durch das Reichsdarlehen nicht gedeckten Bauländer gesichert ist.

Es ist davon auszugehen, daß bei Miethäusern die Baukosten, soweit irgend möglich, durch die Mieteinnahmen zu verzinsen sind. Eine Mieterhöhung gegenüber den bisher üblichen Mieten wird sich dabei nicht vermeiden lassen. Es wird außerdem in vielen Fällen erforderlich sein, daß die Gemeinden (Gemeindeverbände) ein höheres Darlehen als ein Drittel des Reichsdarlehens bewilligen (vgl. Nr. 9).

2. Behelfswohnungen im Sinne dieser Bestimmungen sind Wohnungen in Bauten, die nach Art ihres technischen Aufbaues voraussichtlich einen Bestand von weniger als etwa 30 Jahren haben; Notwohnungen sind Wohnungen, die durch Ausbau oder Umbau vorhandener Baulichkeiten vorübergehend zu Wohnzwecken nutzbar gemacht werden und den baulichrechtlichen Bestimmungen nicht genügen.

Hiernach sind also unter Behelfs- und Notwohnungen im Sinne dieser Bestimmung nicht zu verstehen:

- a) solche Bauten aus Holz, Fachwerk oder Ersatzbaustoffen,
- b) solche Wohnungen, die durch den Ausbau vorhandener Räume (Läden u. dgl.) oder den Einbau in vorhandenen Häusern gewonnen werden.

die (a und b) eine Bestandsdauer von mindestens 30 Jahren haben und den bestehenden baulichrechtlichen Bestimmungen genügen.

3. Zu Nr. 2. Zur Feststellung des Bedarfs müssen nicht nur die größeren Städte, sondern auch die Landgemeinden und Gemeindeverbände die Gesamtzahl der im Jahre 1920 zu erbauenden Häuser alsbald ermitteln. Hierbei ist auf Anträge von Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen.

Auf solche Anträge, die im Jahre 1919 nicht mehr erledigt worden konnten, weil die Mittel erschöpft waren, sind, insbesondere dann, wenn die Bauvorhaben bereits begonnen sind, bevorzugt zu berücksichtigen.

In den einzelnen Bezirken sollen nur Darlehen für so viele Bauten gewährt werden, wie nach Maßgabe der verfügbaren Baustoffe fertiggestellt werden können, damit nicht die Nachfrage nach Baustoffen die Lieferungsmöglichkeit übersteigt und damit eine Preissteigerung hervorruft. Es empfiehlt sich, den Baustoffbeschaffungsstellen die mit Reichsdarlehen unterstützten Bauvorhaben sofort mitzuteilen.

4. Zu Nr. 3. Die Beschränkung der Reichsdarlehen auf Wohnungen bestimmter Größe ist nicht vorgesehen. Doch muß bei der heutigen wirtschaftlichen Lage auf äußerste Einschränkung der Raumzahl und Raumabmessungen Bedacht

genommen werden. Bei der inneren Ausstattung ist größte Sparsamkeit erforderlich; im äußeren sind, schlichte, dem Wesen des einfachen Wohnhauses entsprechende Formen zu wählen.

5. Ebenso sind bei den Aufschleißarbeiten sparsamste Straßenführung, Straßenquerschnitte und Straßenbefestigung zu fordern. Selbst bei Fortführung bestehender Straßen wird häufig eine Vereinfachung einer zu aufwendigen Straßenart unerlässlich sein.

6. Mit Rücksicht auf den außerordentlichen Mangel an Kohlen sind solche Bauweisen zu bevorzugen, deren Anwendung sowohl beim Aufbau wie bei der Benutzung des Bauwerks Kohlen tunlichst ersparen läßt. Wo die Bauten mit Ersatzstoffen (z. B. Lehm) herstellbar sind, kann die Gewährung des Reichsdarlehens von der Verwendung solcher Baustoffe abhängig gemacht werden.

7. Soweit irgend angängig, ist auf die Typisierung der Einzeiteile Bedacht zu nehmen; es wird auf die Normen des Normenausschusses der Deutschen Industrie (Geschäftsstelle: Berlin NW 7, Sommerstraße 4 a) hingewiesen.

8. Als Flachbauten gelten Häuser mit ein oder zwei Wohngeschossen (vgl. unter Nr. 18).

Bauten mit mehr als drei Geschossen sollen durch Reichsdarlehen nicht unterstützt werden, wenn diese Bauweise bisher in der nächsten Umgebung der Baustelle noch nicht angewendet war. Hohe Bodenpreise rechtfertigen die Wahl vielgeschossiger Bauweisen nicht ohne weiteres.

9. Zu Nr. 4 und 5. Als Werkwohnungen gelten insbesondere solche Wohnungen, die von Arbeitgebern auf eigenem Gelände errichtet werden und in ihrem Eigentum verbleiben.

Nicht als Werkwohnungen gelten Wohnungen solcher gemeinnützigen Bauvereinigungen, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern — möglichst aus verschiedenen Unternehmungen und unter Hinzuziehung Nichtwerkangehöriger oder der Gemeinde — gebildet werden. Die Gewährung von Reichsdarlehen an solche Bauvereinigungen ist jedoch im allgemeinen davon abhängig zu machen, daß die Werke, denen die Wohnungen nach ihrer Lage in erster Linie zugute kommen, sich nach Ziffer 12 der Bestimmungen an der Aufbringung der nicht rentierlichen Bankkosten beteiligen.

Bei landwirtschaftlichen Werkwohnungen liegt eine rechtliche Abhängigkeit des Mietvertrags vom Arbeitsvertrage insbesondere dann vor, wenn die Kündigung des Arbeitsvertrags auch die Kündigung des Mietvertrags in sich schließt (vgl. unter Nr. 32).

II. Gewährung und Berechnung der Darlehen.

10. Zu Nr. 7. Bei der Berechnung der Wohnfläche ist die Grundfläche der Treppenhäuser stets abzuziehen, also auch dann, wenn die Treppen in die Küche usw. eingebaut sind.

Ausgebaute Dachgeschoßräume und Wohnräume in Untergeschossen sind den Wohnungen, zu denen sie gehören, zuzurechnen. Daher ist bei Mehrfamilienhäusern genau anzugeben, zu welchen Wohnungen derartige Räume gehören, und danach die Wohnfläche jeder einzelnen Wohnung zu bestimmen.

11. Ledigenheime u. dgl., soweit sie zu eigentlichen Wohnzwecken bestimmt sind, können durch Reichsdarlehen unterstützt werden; jedoch soll die für eine Person bestimmte Wohnfläche einschließlich aller Nebenräume die Größe von 25 qm im allgemeinen nicht übersteigen.

¹ Fragebogen für die Darlehensanträge sind zu beziehen durch den Verlag dieser Zeitschrift.

² Zu beziehen durch den Verlag dieser Zeitschrift.

12. Bei städtischen Wohnungen können nur kleine Viehställe für den Bedarf des eigenen Haushalts berücksichtigt werden. Bei rein ländlichen Wohnungen können innerhalb der für Ställe zugelassenen Höchstfläche auch Scheunen in Ansatz gebracht werden. Übersteigt die Stall-(Scheunen-)grundfläche die Größe von 40 qm, so wird der Berechnung des Reichsdarlehens nur die Größe von 40 qm nach Maßgabe dieser Bestimmungen zugrunde gelegt. Darüber hinaus Zuschüsse zu gewähren, würde Sache der Länder sein.

13. Innerhalb der für eine Wohnung zulässigen Höchstgrenzen können auch kleine Kauläden, Handwerkerstuben und Werkstätten berücksichtigt werden, wenn die Herstellung durch den Gesamtplan einer Kleinsiedlung bedingt ist, oder wenn es sich um Ansiedlung Kriegsbeschädigter handelt, die auf Heimarbeit angewiesen sind.

14. Zu Nr. 6. Für ländliche Gemeinden und kleinere Städte mit ländlicher Entwicklung sind die höchsten zulässigen Einheitssätze beim ein- und zweigeschossigen Wohnhaus auf 165 Mark, beim drei- und mehrgeschossigen Mehrfamilienhaus auf 150 Mark, für andere Gemeinden beim ein- und zweigeschossigen Wohnhaus auf 180 Mark, beim drei- und mehrgeschossigen Mehrfamilienhaus auf 165 Mark festgesetzt. Es muß vermieden werden, daß die für hohe Herstellungskosten angenommenen Höchstdarlehenssätze ohne weiteres auf Orte mit niedrigeren Baukosten übertragen werden.

15. Auch innerhalb einer Gemeinde können je nach der Art des Bauvorhabens die Einheitssätze für das Quadratmeter festgelegt werden. Selbst innerhalb eines Baues können für Dachgeschosse Räume niedrigere Einheitssätze für das Quadratmeter Grundfläche festgesetzt werden.

16. Für Wohnungen kleinsten Grundrisses empfiehlt es sich, einen verhältnismäßig höheren Einheitssatz für das Quadratmeter Wohnfläche zu gewähren als bei größeren Wohnungen, da die Baukosten bei diesen Kleinstwohnungen verhältnismäßig hoch sind.

17. Für Bauten aus Holz, Fachwerk oder Ersatzbaustoffen ist der Einheitssatz für das Quadratmeter Wohnfläche im allgemeinen niedriger zu bemessen, als für entsprechende massive Bauten, insbesondere wenn Keller und Dachräume fehlen. Bei Wohnungen, die durch Ausnutzung vorhandener Bauten gewonnen werden, ist der Einheitssatz in der Weise zu bemessen, daß sich das Reichsdarlehen zu den tatsächlichen Aufwendungen etwa verhält wie das Reichsdarlehen für Neubauten am Orte zu den Gesamtbaukosten eines Neubaus. Kosten für Anmietung der Räume oder für spätere Wiederherstellung des alten Zustandes dürfen nicht angesetzt werden.

18. Als zweigeschossig gelten Einfamilienhäuser und andere Bauten, die in zwei Vollgeschossen selbständige Wohnungen enthalten, auch wenn einzelne Zubehörräume im Dach- oder Sockelgeschoss untergebracht sind. Häuser mit zwei Vollgeschossen und einem als selbständige Wohnung ausgebauten Dachgeschosse gelten als dreigeschossige Bauten. Im allgemeinen sind zwei Vollgeschosse mit schlichtem Dache einem Vollgeschosse mit ausgebautem Dachgeschosse vorzuziehen.

19. Sind die Ställe in die Erdgeschosfläche des Wohnhauses eingebaut oder als Sockelgeschoss unter das Haus gelegt, so dürfen für diese Stallflächen nur die Einheitssätze für Ställe in Rechnung gestellt werden.

Futterböden und dergl. über der Stallgrundfläche dürfen nicht besonders in Ansatz gebracht werden.

20. Zu Nr. 9. Das Gemeindedarlehen soll so bemessen sein, daß es zusammen mit den vom Bauherrn aufzubringenden

den Kosten und dem Reichsdarlehen die Finanzierung des Bauvorhabens ermöglicht.

Es ist unzulässig, daß auf das Gemeindedarlehen Leistungen oder Lieferungen der Gemeinde angerechnet werden. Auch die Verpflichtungen des Bauherrn gegenüber der Gemeinde hinsichtlich Anliegerleistungen usw. dürfen nicht gegen das von der Gemeinde zu gewährende Darlehen unmittelbar aufgerechnet werden. Das Gemeindedarlehen ist als Hypothekanteil nach Nr. 13 der Bestimmungen einzutragen. (Über Beteiligung von Arbeitgebern am Gemeindedarlehen vgl. unter Nr. 38.)

21. Zu Nr. 10. Auch in ländlichen Vorortgemeinden in der Nähe von Großstädten kann auf das Gemeindedarlehen bis zur Hälfte verzichtet werden, wenn die Bauvorhaben für die Bewohner der Großstadt bestimmt sind.

Es ist nicht erforderlich, daß das Reichsdarlehen um den vollen von der Gemeinde nicht übernommenen Anteil erhöht wird; häufig wird auch ohne Erhöhung des Reichsdarlehens auszukommen sein.

Das Reichsdarlehen kann ausnahmsweise noch über den Mindestsatz des Gemeindeanteils hinaus erhöht werden, wenn das Bauvorhaben aus volkswirtschaftlichen Gründen besondere Förderung verdient und bei der Vermögenslage des Antragstellers ohne eine solche Erhöhung nicht ausführbar ist.

22. Zu Nr. 11. Soll auf das Gemeindedarlehen im vollen Umfang verzichtet werden, so ist genau nachzuweisen, daß die vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Nr. 11 soll im allgemeinen nur angewendet werden, wenn es sich nicht um einzelne Bauten, sondern nur um größere Neusiedlungen, z. B. von Kriegsbeschädigten oder Arbeitergruppen handelt, die zu ländlicher Beschäftigung überführt werden. (Über das Maß der Erhöhung des Reichsdarlehens vgl. unter Nr. 21.)

23. Zu Nr. 14. Bei Prüfung der Gesamtherstellungskosten darf nur der unerläßlich notwendige Aufwand eingesetzt werden. Bei Baustoffen, für die Richtpreise festgesetzt sind, dürfen nur diese in Ansatz kommen. Bei Baulen, für die Holz zu Vorzugspreisen aus staatlichen Forsten geliefert ist, ist die hierdurch entstandene Kosteneinschränkung zu berücksichtigen.

24. Bei den Grunderwerbskosten ist zu prüfen, ob die tatsächlichen Verhältnisse vor dem Kriege als Maßstab zugrunde gelegt sind. Aufschließungskosten, die mit der einzelnen Wohnstätte nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, dürfen als wersteigernd für das Grundstück nicht berücksichtigt werden.

25. Zu Nr. 14, 15 und 22. Es ist in Aussicht genommen, durch eine besondere Regelung die nach Maßgabe dieser Bestimmungen festgelegten Mieten auch für die Einlingsmieten für bindend zu erklären.

Bei Festsetzung der Mieten dürfen nicht die Mieten in alten, ungleichwertigen Wohnungen als Maßstab angenommen werden.

26. Zu Nr. 14, 15, 16, 17, 22. Bei landwirtschaftlichen Werkwohnungen haben die Festsetzungen nach Nr. 14, 15, 16, 17 und 22 nicht durch die Gemeinde, sondern stets durch den nächsthöheren Gemeindeverband oder eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmenden Stelle zu erfolgen.

27. Zu Nr. 16, 17, 19, 20, 21 und 22. Wegen Rückzahlung der Reichsdarlehen erfolgen besondere Anweisungen.

28. Zu Nr. 17. Nebenkosten des Verkaufes (Steuern, Gerichtskosten usw.) gehören nicht zum Kaufpreis im Sinne dieser Bestimmungen.

29. Vor jedem Verkauf eines mit Reichsdarlehen unterstützten Neubaus soll der Hauseigentümer die Festsetzung

der Miete oder des Mietwertes beantragen. Unterläßt er den Antrag, so kann die nach Nr. 14 zuständige Stelle diesen Wert auch nach Verkauf des Hauses festsetzen und der Berechnung nach Nr. 17 zugrunde legen.

30. Bei ländlichen Ansiedlungen darf der etwa im Kaufpreis enthaltene Wert des landwirtschaftlichen Inventars, der vorhandenen Erntebestände u. dgl. nicht auf den für die Bestimmungen maßgebenden Kaufpreis in Ansatz gebracht werden.

31. Zu Nr. 18. Es bleibt der Gemeinde überlassen, zur Verhinderung spekulativer Ausnutzung der mit Reichsdarlehen unterstützten Neubauten weitgehende Bedingungen bei Gewährung des Gemeindedarlehens zu stellen, z. B. die Einräumung des Rechts, das Darlehen unbezinstet für den Fall zu kündigen, daß beim Verkauft Sonderverträge zur Verdeckung des im Kaufvertrage angegebenen Kaufpreises abgeschlossen werden.

32. Zu Nr. 19. Bei Reichsdarlehen für landwirtschaftliche Werkwohnungen gilt als weitere, im Grundbuch einzutragende Bedingung, daß das Darlehen zur Rückzahlung fällig ist, wenn der Mietvertrag in rechtliche Abhängigkeit vom Arbeitsvertrage gebracht wird.

33. Zu Nr. 22. Sind nach Fertigstellung des Hauses und Festsetzung der Herstellungskosten bis zur endgültigen Abrechnung des Reichsdarlehens bauliche Verbesserungen größeren Umfanges an dem Bau vorgenommen worden, so kann der aufgewendete Betrag den Herstellungskosten nach Maßgabe der Nr. 14 unter entsprechender Berücksichtigung der dadurch erzielten Mehrmiete zugerechnet werden.

34. Zu Nr. 23. Bei Gemeinden und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, in deren Eigentum die Bauten nur vorübergehend bleiben sollen, genügt es, wenn eine schriftliche Versicherung abgegeben wird, daß die Eintragung der Beihilfeshypothek bei Auflassung des Grundstücks an den Einzelanwärter erfolgt. Im übrigen kann die oberste Landesbehörde vor endgültiger Auszahlung den Nachweis der erfolgten Eintragung verlangen.

35. Sofern Bauvorhaben nicht im vollen Umfang ausgeführt werden, bedarf es vor endgültiger Auszahlung in jedem Falle einer erneuten Feststellung der Höhe des Darlehens.

36. Bei Anträgen auf Auszahlung der Darlehen ist der Stelle, welche die Auszahlung anweist, vorzulegen:

- a) eine Erklärung des Gemeindevorstandes, daß die bauliche Gebrauchsabnahme erfolgt ist und daß die Bauten dem Beihilfeschreiben gemäß ausgeführt sind;
- b) der Wortlaut grundbuchlicher Eintragungen, soweit dies nicht nach Nr. 34 oben entbehrlich ist.

III. Verfahren.

37. Zu Nr. 24. Gemeinnützige Siedlungsunternehmungen sollen im allgemeinen als Träger des Verfahrens nur bis zur Inbesitznahme des Baues durch Einzelanwärter gelten. Dann treten insbesondere für die Festsetzung der Mieten und für die endgültige Abrechnung die nach Nr. 14 zuständigen Stellen für sie ein.

38. Zu Nr. 26. Die Beteiligung der Arbeitgeber wird vor allem in der Aufbringung nicht rentierlicher, durch das Reichsdarlehen nicht gedeckter Baukosten bestehen. Soweit sich Arbeitgeber an der Aufbringung des Gemeindedarlehens beteiligen, können sie sich in einem besonderen, mit der Gemeinde abzuschließenden Verträge den Anteil an etwaigen Rückzahlungen sichern.

39. Zu Nr. 29. Die Auszahlung der bewilligten Darlehen und die Gewährung von Vorschüssen ist besonders zu beschleunigen. Die den Bescheid erteilende Behörde darf nach Fertigstellung des Rohbaues einen Vorschuß bis zu

drei Vierteln des Darlehens, erforderlichenfalls bereits bei Fertigstellung des Baues bis Sockelhöhe einen Vorschuß bis zum Betrage der für die Bauausführung tatsächlich aufgewendeten Kosten gewähren.

Gemeinden und gemeinnützigen Bauunternehmungen können zur Beschaffung der erforderlichen Baustoffe Vorschüsse bis zu einem Drittel des Darlehens gewährt werden, auch wenn die einzelnen Bauvorhaben noch nicht begonnen sind; bei Fertigstellung des Baues bis Sockelhöhe kann ihnen außerdem ein Vorschuß bis zum Betrage der weiteren, für die Bauausführung tatsächlich aufgewendeten Kosten gewährt werden.

Die Vorschüsse werden nicht dem einzelnen Bauherrn, sondern dem Träger des Verfahrens gewährt, der zur Rückzahlung verpflichtet ist, falls das Bauvorhaben nicht oder nicht antragsgemäß ausgeführt wird.

40. Zu Nr. 30. Die Stelle, zu deren Gunsten die Beihilfeshypothek eingetragen wird, hat die Einhaltung der durch die Hypothek gesicherten Verpflichtungen zu überwachen.

Es empfiehlt sich in allen Fällen, in denen die Gemeinde sich an der Aufbringung des Darlehens nicht beteiligt, die Beihilfeshypothek zugunsten des Gemeindeverbandes bestellen zu lassen.

41. Zu Nr. 32. Bei Rahmenbescheiden kann für die Gesamtzahl der Wohnungen ein mittleres Einheitsdarlehen bewilligt werden, während die Festsetzung der Einzeldarlehen dem Träger des Verfahrens überlassen bleibt.

IV. Verteilung der Reichsmittel.

42. Zu Nr. 35 und 36. Nähere Regelung bleibt vorbehalten.

V. Übergangsbestimmungen.

43. Zu Nr. 38. Soweit den einzelnen Ländern noch Mittel auf Grund der Bestimmungen des Bundesrats vom 31. Oktober 1918 zur Verfügung stehen, bleibt es ihnen überlassen, über diese Mittel nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen zu verfügen, jedoch nur bis zwei Monate nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen und auch nur für solche Bauvorhaben, bei denen bereits Vorverhandlungen stattgefunden haben. Im übrigen sind etwa noch vorhandene Mittel aus alten Fonds nach Maßgabe der neuen Bestimmungen zu verwenden.

44. Zu Nr. 39. Anträge auf Bewilligung eines Reichsdarlehens für bereits begonnene oder fertiggestellte Bauten können nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten der Reichsratsbestimmungen gestellt werden.

Berlin, den 22. Januar 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

I. V.: Geib.



Bauart und Gestaltung der Holzdecke.

Von Architekt G. Hartmann.

(Schluß zu Nr. 16.)

Es sei bei dieser Gelegenheit noch bemerkt, daß vor mehreren Jahren aus Amerika eine Metalldecke bei uns eingeführt wurde. Es waren dies fabrikmäßig hergestellte, kassettentartig gestanzte Stahlbleche, die an die Deckenbalken geschraubt wurden. Man rühmte der Deckenbauart Feuersicherheit, Rissefreiheit, Schönheit und viele andere gute Eigenschaften nach, während man auf der anderen Seite die schlechten Eigenschaften, wie Helligkeit, Dröhnen usw. vorsichtig verschwie. Nun ist aber ohne weiteres einleuchtend, daß eine Me-

taldecke stets eintönig wirkt, während eine solche aus Holz, sofern sie nicht mit Farbe gestrichen ist, immer einen charakteristischen und vorteilhaften Eindruck hervorruft.

Die Felderdecke ist eine Abart der Kassettendecke und zwar insofern, als bei letzterer die ganze Fläche derart aufgeteilt wird, daß sich dieselben Abstände zwischen den Formen gleichmäßig wiederholen. Dagegen wird bei der Felderdecke in der Mitte des Raumes ein großes, meist dekorativ ausgebildetes Feld angeordnet. Die übrigebleibende Fläche wird entsprechend aufgeteilt und die alsdann entstehenden Flächen kleinerer Art gliedern sich in wirksamer Weise um das große Mittelfeld. Außerdem werden die einzelnen anliegenden Felder nicht so tief angeordnet, wie bei der Kassettendecke, sondern erheblich flacher. Man wird also, genau wie bei den Wandverfälschungen mit Rahmen und Füllungen, die untereinander mit Nut und Feder oder mit Zapfen verbunden sind, arbeiten müssen. Vorausgesetzt, daß der Entwerfer in der Lage ist, eine wohl abgewogene Teilung zu entwerfen, ist der Gesamteindruck einer solchen Decke prächtig und spiegelt gediegene und unaufdringliche Vornehmheit wieder. Bezüglich des Aufbaues wird es zweckmäßig sein, die einzelnen Deckenrahmen erst am Bau zusammenzustellen. Fertig zusammengesetzte Rahmen und Füllungen haben immer schlechtes Befördern und unbequemes Arbeiten zur Folge, außerdem, sind Änderungen in der Länge und Breite sehr schwer oder überhaupt nicht vorzunehmen.

Die Riemendecke ist vor allen Dingen auf Festigkeit und Dauerhaftigkeit berechnet. Bei ihr liegen die Balken etwa 15 bis 35 cm, oftmals nur in einem Abstände gleich ihrer Breite auseinander, haben einen Querschnitt von 10×15 bis 15×20 cm und tragen sich etwa 6 bis 7,50 m frei (siehe Abb. 15). Die Kunstform beschränkt sich hierbei im allgemeinen auf die unteren Balkenflächen, die eine Abfasung erhalten, im übrigen bleiben die Balkenenden stets vierkantig. Im Mittelalter kamen derartige Decken sehr viel zur Anwendung, und zwar außer der wagerechten Ausführung finden wir sie auch in gewölbter Form, d. h. nach Art eines Tonnengewölbes. Auch heute finden wir Holzdecken mit flachgesprengter Wölbung noch sehr viel, viel häufiger aber kamen sie früher in englischen und niederländischen Kirchen zur Anwendung. Die Herstellung der Decken erfolgte bisher in der Weise, daß über die gekrümmten Balken Bretter in der Längsrichtung gelegt bzw. eingezalt wurden. Trat jetzt Belastung ein, so wurden diese Bretter in folgerichtiger Weise auf Biegung beansprucht. In den letzten Jahren hat man insofern für diese Decken bessere Bauarten verwendet, als die einzelnen Bretter selber die Gewölbebogen bildeten; bei eintretender Belastung werden diese Bretter unter Ausnutzung ihrer Spannungen gewölbehörmig auf Druck in der Richtung ihrer Längsfaser beansprucht. Auch heute noch finden wir solche Decken — namentlich in Tirol — sehr oft ausgeführt. Im Rathause zu Rothenburg o. d. Tauber ist eine solche Decke vorhanden. Derartige alte Decken besitzen einen hohen kunstgeschichtlichen Wert als Vorläufer späterer Entwicklung; es kann auch der Künstler der neuesten Richtung von solchen alten Kunstwerken sehr viel lernen. Nun soll man zwar das Alte nicht unmittelbar nachahmen, weil nicht alles, was die Alten schufen, gut und vorbildlich genannt werden kann, sondern man soll daran lernen und das Nützliche verwenden.

Die Holzleistendecke kommt neuerdings sehr viel, besonders in Miethäusern, zur Anwendung. Ihre Herstellung erfolgt in der Weise, daß auf den bereits geputzten Deckenflächen ein gegliedertes Leistenwerk mittels Schrauben befestigt wird. An einer kräftigen Leiste, welche zur Umräumung der ganzen Decke dient, laufen sich die übrigen tot (vgl. Abb. 16). Daß die Befestigung dieses Leistenwerkes sehr sorgfältig und sachgemäß durch geschickte Handwerker auszuführen ist, ist aus naheliegenden Gründen geboten. Stehen einige Balken oder Unterzüge vor, so werden sie nach Abb. 17 an den vorstehenden Flächen mit Brettern und profilierten Leisten bekleidet. In den Abb. 16, 18 und 20 finden wir einige Leistenformen veranschaulicht. Das Leistenwerk soll naturgemäß äußerst leicht gewählt werden, damit die Deckenschalung keine unnötige Belastung erfährt. Die so entstehenden sichtbaren Putzfüllungen kann man entweder weiß lassen oder entsprechend bemalen, jedoch soll man mit der Bemalung nicht zu verschwenderisch umgehen, weil durch das Zuviel die gute Wirkung leicht verloren geht. Es brauchen nicht gerade teure Hölzer Verwendung finden, vielmehr ist der Hauptwert auf eine geschickte, ruhige und angenehm wirkende Aufteilung der Flächen zu legen. Die Kosten derartiger Decken, die man eigentlich nicht als echte Holzdecken bezeichnen kann, sind naturgemäß erheblich niedriger, als bei vollen Holzdecken. In den neueren Bauten, vornehmlich in solchen Räumen, in denen Balkone, Erker usw. angebracht sind, ist es zuweilen aus baulichen Gründen geboten, an der Decke eiserne Träger und Unterzüge anzuordnen. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß Holz und Eisen in dieser sichtbaren Form nicht zusammenpassen und keine befriedigende Lösung für das Auge ergeben, ist man gezwungen, die eisernen Träger mit Holz zu verkleiden. Es werden an den Stegen der Profileisen nach Abb. 21 im Querschnitt schwalbenschwanzförmig oder konisch zugeschnittene Hölzer in gewissen Abständen eingekippt und an diesen wiederum erfolgt die Beistegung der Holzverkleidung mittels Holzschrauben. Eine andere Befestigungsart ist in Abb. 22 dargeboten. Hier gibt die Zeichnung in jeder Beziehung erschöpfende Auskunft, so daß weitere Erklärungen überflüssig erscheinen.

Die Befestigung der Holzdecken an gewölbten oder Stambetondecken geschieht zweckmäßig in der Weise, daß zwischen den einzelnen eisernen Gewölbeträgern eine Anzahl Querhölzer eingestemmt und diese an den Enden derart ausgefäzt werden, daß sie ein sicheres Auflager auf den Flanschen der Träger erhalten. Dann werden sie fest vermauert und liegen mit Unterkante Träger in einer Ebene (Abb. 23 u. 24). Es ist immer empfehlenswert, gleich bei Herstellung des Gewölbes Rücksicht auf die Querhölzer zu nehmen und die erforderlichen Löcher an den Trägern auszusparen, weil dadurch die späteren Stemmarbeiten erspart bleiben. An diesen Querhölzern kann man alsdann mittels Holzschrauben die Holzdecke befestigen. Nägel sind hier, sowie überhaupt bei Holzdecken zu vermeiden, weil sie keine hinreichende Gewähr für genügende Haltbarkeit bieten. Außer der vorbeschriebenen Art gibt es noch eine andere, die in Abb. 25 zeichnerisch dargestellt ist. Hier werden vor Beginn der Einwölbung entsprechend gebogene Eisen über die eisernen Träger gehängt und eingewölbt bzw. eingestämpt. Auf diesen Eisen werden dann nach Fertigstellung des Gewölbes die mit den Trägern gleichlaufenden Hölzer befestigt.

Letztere liegen mit einem Falz in den Z-förmig gebogenen Eisen und außerdem werden sie noch gut angeschraubt. Es sei noch ausdrücklich erwähnt, daß jeder Fachmann, der eine Holzdecke auszuführen hat, auf genaues Maßnehmen sowie auf die Anfertigung des genauen Grundrisses ganz besonders bedacht sein muß, um vor späteren Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.



Belagplatten.

Zum Belegen von Fußböden in Wohn-, Geschäft-, Fabrik- und Lagerräumen, bei Bahnsteigen, Durchfahrten für Fußsteige und Fahrstraßen, für Höfe, Hausflure, Hallen, Keller und Kirchen, Restaurants, öffentliche Bauten wie Postämter, Rathäuser, Banken usw. spielen Belagplatten eine sehr große Rolle. Das Gebiet derselben ist ziemlich bedeutend in Anbetracht der verschiedenen Baustoffe, die zur Verwendung kommen, sowie der verschiedenen Verwendungszwecke. Vornehmlich handelt es sich um steinige Stoffe, die für Belagplatten in Frage kommen, aber auch Eisen, Glas, Asphalt usw. werden zu Platten verarbeitet. Zu unterscheiden hat man die Hauptgruppen: Natursteinplatten, künstliche Steinplatten, gegossene Platten und schmiedeeiserne Platten.

Natursteinplatten kommen besonders im Straßenbau, außerdem auch zuweilen für Kirchen, Höfe, Hallen, öffentliche Bauten in Frage. Es empfiehlt sich bei Verwendung von Natursteinplatten möglichst gleichmäßig gefärbte Platten ohne Adern und ohne bunte Stellen zu verwenden, da jene meist eine ungleiche Härte besitzen und hierdurch eine ungleichmäßige Abnutzung des Fußbodens bewirken. Sogenannte Sonnenbrenner sind auf alle Fälle zu vermeiden. Zu den Natursteinbelagplatten sind zu zählen: Granitsteinplatten; dieselben werden fast nur im Straßenbau als Bürgersteigplatten oder Kanalabdeckplatten gebraucht; Sandsteinplatten finden ebenfalls im Straßenbau, außerdem aber auch teilweise für Kirchen, Hallen und ähnliche Zwecke Anwendung. Fundorte: Friedersdorf, Alt-Werthan, Wimschelburg, Rackwitz, Holzminde (Solling). Die Sollinger Sandsteinplatten zeichnen sich durch rötliche Färbung aus. Dieselben finden teilweise für Dachbedeckungen Verwendung. Die übrigen in Deutschland vorkommenden Sandsteinplatten sind weiß oder grau gelb gefärbt. Die Platten kommen in Stärken von 3 bis 5 cm und bei größeren Abmessungen von 6 bis 10 cm und in Seitenmaßen von 60–80 cm in den Handel. Die Gehflächen sind geschliffen. Kalksteinplatten werden u. a. gewonnen in Kirchhain in blaugrauer Färbung und in Solnhofen als gelblicher Stein. Letztere Platten sind auch als Lithographiesteine bekannt. Solnhofener Platten werden mit Vorliebe für Kirchen verwendet; Marmorplatten kommen für bessere Flure, für Treppen, Hallen usw. zur Verwendung. In der Hauptsache bedient man sich weißer, einfacher Marmorsorten; am meisten kommt Blanc clair, außerdem Sterzinger Marmor (bläulich-weiß), Untersberger und Larser Marmor in Anwendung. Die Festigkeit der Marmorplatten ist nicht allzu hoch, dieselben dienen vielmehr vornehmlich schmückenden Zwecken. Es empfiehlt sich, Marmorbeläge mit Teppichen, Linoleum o. a. zu belegen. Marmorplatten

kommen in Stärke von 15 bis 80 mm und in Größen von 30–40 cm in den Handel.

Künstliche Steinplatten sind im Gegensatz zu Natursteinplatten alle auf künstlichem Wege hergestellte steinartige Platten. Man hat drei Hauptgruppen hierbei zu unterscheiden, nämlich durch Brennpiegel, durch Härteprozel und auf kaltem Wege hergestellte Platten. Gebrannte Platten sind Erzeugnisse der Keramik, die unter einander wiederum je nach dem Grade des Brennprozesses zu unterscheiden sind, d. h. ob die Temperatur bis zur Sinterung fortgeführt ist oder nicht. Man kann demnach die gebrannten Platten einteilen in Sinterplatten und Tonplatten. Die Sinterplatten weisen einen durchaus dichten, nicht wassersaugenden Scherben auf und haben eine hohe Festigkeit. Hierher gehören: Eisenklinker-, Füllmasseplatten, Keramikplatten, Mosaikplatten, Steingezugplatten; ihr Verwendungsgebiet erstreckt sich auf Innenräume, Hallen, Treppenhäuser, Kesselhäuser usw. Unter Tonplatten ist das ganze Gebiet keramischer Platten, die nicht bis zur Sinterung gebrannt sind, zu verstehen. Hierher gehören: Stallplatten, Trottoirplatten, Tonplatten in eigentlichem Sinne mit Schlackenzusatz. Sie dienen fast durchweg als Bürgersteigbelag, teilweise auch als Stallpflaster und zuweilen findet man dieselben auch in ländlichen Kirchen. Außerdem gehören zu den gebrannten Platten die aus reinem Natursteinmaterial erbrannten, wie z. B. die Granitplatten. Es sind dies Kunstpflastersteinplatten in Größe von etwa 14 × 14 cm, die aus gemahlenem Granitgestein bestehen. Die Formlinge werden unter hohem Druck nach Zusatz eines Bindematerials gepreßt und bis zur Sinterung gebrannt. In ähnlicher Weise wird Kiesel-samenkalkerde, ein dicht brennendes, kalkhaltiges Tonmaterial zur Herstellung von Sinterplatten verwendet. Schließlich gehören zu dieser Klasse die sogenannten Vulkanol-Pflasterplatten, die aus Hartseug mit Zusatz eines tonigen Bindemittels in gleicher Weise durch hydraulischen Druck hergestellt und bis zur Sinterung gebrannt werden. Zu den durch den Härteprozel hergestellten Platten sind vor allem die Kalksandsteinplatten für Bürgersteige, Bahnsteige, Brücken usw., sowie die Quarzitoidplatten zu rechnen. Große Bedeutung haben die auf kaltem Wege hergestellten Platten erlangt. Zu ihnen gehören die eigentlichen Zementplatten, glatt, gekuppt oder gerippt, die Kunststeinplatten, die Hartgesteinplatten, wie Granitoid- und Basaltoidplatten, die Terrazzoplatten und die Zementmosaikplatten. Zementplatten werden in gleicher Weise wie Tonplatten für Bürgersteige, Ställe usw. genommen, Kunststeinplatten dienen für Treppenstufen aus Eisenbeton; sie werden steinmetznäßig überarbeitet. Hartgesteinplatten (Granitoidplatten) stellen das beste Pflastermaterial für sehr viel beanspruchte Bürgersteige, Bahnsteige usw. dar und haben eine sehr weite Verbreitung gefunden. Terrazzoplatten werden vornehmlich in Innenräumen, in Empfangshallen, Treppenhäusern, Küchen u. a. angewendet, woselbst es weniger auf große Dauerhaftigkeit, sondern mehr auf geschmackvolles Aussehen ankommt. In gleicher Weise dienen Zementmosaikplatten. Zu den auf kaltem Wege hergestellten Platten sind auch die Steinholzplatten und die Asphaltmischplatten zu rechnen. Die ersteren werden aus dem für Steinholzfußböden verwendeten Material, wie Magnesit, Chlormagnesit, Steinhohl und Holzhohl gepreßt. Sie dienen als

dauerhaftes Belagmaterial in Innenräumen, in denen ein durchaus steinartiges Material zu hart sein würde. Ihre Dauerhaftigkeit ist sehr groß, so daß sie sich auch für viel begangene Böden und Treppen eignen. Zu den Asphaltmischplatten, die aus Asphalt und steinigem Baustoff auf hydraulischen Pressen hergestellt werden, sind zu rechnen die Felsenit-, Hersbrucker-Verbundplatten, Homogenplatten, Löhrlplatten, Solidolithplatten. Man hat in diesen Fabrikaten ein gutes Pflastermaterial.

Gegossene Platten sind verhältnismäßig selten und kommen nur in Ausnahmefällen in Anwendung. Man hat zu unterscheiden: Gußeisenplatten, Glasplatten und Schlackenplatten. Die ersten können neuerdings in Anbetracht der erheblichen Preissteigerung für Eisen kaum noch Anwendung finden. Das Gleiche gilt von Glasplatten, die nur noch genommen werden, wenn sie unvermeidlich sind, z. B. bei Hofplatten, wenn den darunter liegenden Kellern Tageslicht zugeführt werden muß, außerdem bei Unterführungen, Tunnels usw. Bei der Herstellung gegossener Schlackenplatten wird Hochofenschlacke direkt von dem Ofen oder indirekt nach nochmaliger Umschmelzung in Eisenformen gegossen. Sie stellen ein vorzügliches Straßen- und Hofpflaster dar.

Schmiedeeiserne Belagplatten kommen in der Hauptsache als Abdeckplatten in Frage. Sie werden in Stärken von 3–20 mm geliefert. Ihre Verwendung ist ebenso wie die der gußeisernen Platten eine ganz geringe bzw. ganz erschlafene. Bff.



Verschiedenes.

Auflösung des Reichskommissariats für das Wohnungswesen. Das bisherige Reichskommissariat für das Wohnungswesen wird am 1. April dieses Jahres aufgelöst. Die Durchführung seiner Aufgaben wird auf die Zentralbehörden der einzelnen Länder übertragen. Der bisherige Reichskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, versieht künftig ausschließlich sein Amt als Unterstaatssekretär im Ministerium für Volkswohlfahrt. d.

Ausdehnung der Angestellten-Versicherungspflicht. Bei den zuständigen Beratungen wird schon seit geraumer Zeit über die Ausdehnung der Angestellten-Versicherungspflicht bis 15 000 Mark Gehalt beraten. Die Beratungen sollen sich nun dem Ende zuneigen und wahrscheinlich wird schon am 1. April d. J. die Pflicht zur Versicherung von Angestellten mit Gehalt bis zu 15 000 Mark in Kraft treten. de.

Feuersichere Strohdächer. Infolge der traurigen Zeitverhältnisse und der riesigen Wohnungsknappheit ist man gezwungen, die schwer zu beschaffenden Baustoffe durch andere zu ersetzen, die den gleichen Zweck erfüllen, auch wenn sie oft genug nicht allen Ansprüchen gerecht werden können. Es heißt eben, der Not der Zeit gehorchend seine Forderungen zurückzuschauben und Zugeständnisse zu machen. Dieses gilt nicht nur für den Bauenden, der ja am ehesten dazu geneigt sein dürfte, sondern auch für die Baupolizei, Feuerversicherungen usw. Ein Beispiel einer fraglichen Bauweise, die viele Vorteile aufweisen kann, aber der auch sehr bedenkliche Nachteile gegenübersteht, ist das Strohdach. Sein Hauptnachteil ist seine Feuergefährlichkeit, die aber durch Einschleimen des Stroh- oder Rohrdaches mit fettem Lehm bedeutend herabgemindert

werden kann. Jedoch genügt diese Tatsache bisher nicht den Versicherungsgesellschaften. Nimmehr scheint sich aber nach einer Mitteilung der „Bauwelt“ die „Schleswig-Holsteinische Landesbrandkasse“ mit dem feuersicheren Strohdach in günstigem Sinne befassen und damit einer neuen Auffassung Bahn brechen zu wollen. Allerdings sind bei mit feuersicherem Strohdach gedeckten Bauten feuergefährliche Betriebe, z. B. Schmieden, fernzuhalten. Ferner ist für Besteigbarkeit der Schornsteine und Herstellung oder Sicherung des Firstes durch unverbrennliche Stoffe zu sorgen. de.

Für die Praxis.

Blitzschutz an Fabrikschornsteinen. Da die Fabrikschornsteine wegen ihrer Höhe sehr empfänglich für Blitzschläge sind, sind besondere Schutzmaßnahmen zu treffen. Man meint nun, mit möglichst hohen Auffangstangen für einen vortrefflichen Blitzschutz gesorgt zu haben, vergißt aber dabei, daß sie gerade wegen ihrer Größe um so eher gebrochen und heruntergeworfen werden. Wie bei den neuzeitlichen Blitzableitern an Gebäuden, genügt auch hier eine seitlich am Schornstein angebrachte Massiveisenstange, die höchstens einen Meter über die Krone hinausragt, dafür aber mindestens doppelt so weit nach unten reicht. An Stelle dieser Stangen kann aber auch ein eiserner Ring oben auf den Schornstein gelegt werden, der mehrere etwa 20 cm nach oben stehende Ansatzstücke erhält. Will man Auffangstangen verwenden, so sollen bei einem oberen Durchmesser des Schornsteins von 1 m deren zwei angebracht werden, bei größeren Schornsteinen ist etwa eine Stange mehr für jeden Meter Durchmesser zu rechnen. Selbstverständlich sind diese Stangen durch eine Ringleitung miteinander zu verbinden.

Was das Metall des Ableiters betrifft, so ist damit zu rechnen, daß Kupfer durch die Rauchgase schnell angegriffen wird, ebenso dünnes Eisen. Alle Teile, die sich im Bereich der Rauchgase befinden, müssen daher aus Eisen von mindestens 10 Millimeter Dicke bestehen und wenigstens 250 Millimeter Querschnitt haben. Auch empfiehlt es sich, die den Rauchgasen besonders ausgesetzten Metallteile mit einer schützenden Masse, wie Zement oder Asphalt zu umgeben. Als durch Rauchgase gefährdet gelten auch die bis etwa drei Meter unterhalb der Schornsteinoberkante reichenden Eisenteile.

Bei Schornsteinen mit großen Querschnitten sind zwei Leitungen herunterzuführen, die entweder direkt am Kamin oder auf kräftigen Stützen befestigt werden, damit sie vom Sturm nicht losgerissen werden können. Sind außen am Schornstein Steigeisen angebracht, so sind diese mit der Ableitung zu verbinden, ebenso wie etwa vorhandene metallische Bandagen usw.

Im übrigen ist die Ableitung genau so wie bei Gebäuden auszuführen. Bei nicht freistehenden Schornsteinen (Ringöfen usw.) sollen die Ableitungen nicht nur durch das Gebäude hindurch, sondern auch möglichst über das Dach verlegt werden. Ist eine Durchföhrung durch das Gebäude nicht möglich, so sind zwei Ableitungen, möglichst in entgegengesetzter Richtung über das Dach zu verlegen. Ing. K. T.

Tarifangelegenheiten.

Regelung der Löhne im Baugewerbe. In erneuter Verhandlung vom 13. Februar 1920 im Reichsarbeitsministerium sind nach mehrmonatlichen erfolglosen

Versuchen die Lohnschwierigkeiten im Baugewerbe unter der Leitung des Stadtrats Dr. Hiller aus Frankfurt a. M. durch einen von diesem gemachten Einigungs-vorschlag geregelt worden, der seitens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Zentralorganisationen Annahme fand. Hiernach werden im Hoch- und Tiefbaugewerbe vom 14. Februar ab bis 31. März 1920 Teuerungszulagen von 1 Mark auf die Stunde gewährt; für Großstädte über 100 000 Einwohner, die Industriegebiete Rheinland-Westfalen, Saar, Oberschlesien und für die Bitterfelder, die Leuna- und die Lantawerke beträgt diese Zulage 1,25 Mark. Eingerechnet in diese Zahlen werden die Lohnaufbesserungen, die ab 10. Dezember 1919 gegeben worden sind; auch die von der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossenen „Brot- und Kartoffelzulagen“ sind darin enthalten. Höhere Zulagen bleiben bestehen, soweit sie durch örtliche Vereinbarungen bereits erzielt waren. Anfang März sollen die Verhandlungen über Erneuerung der Ende März ablaufenden Reichstarifverträge für Hoch- und Tiefbau beginnen. de.



Bautechnische Mitteilungen.

Der Gublerstein.

Unzählige Vorschläge zur Abhilfe der Baustoffknappheit durch Verwendung besonders sparsam zusammengestellter Bausteine oder durch überflüssig ausgeklügelte Anordnungen des Steinverbandes sind schon aufgetaucht, auch wohl hier und da praktisch verwendet worden und sind dann meistens wieder, wenigstens für die Öffentlichkeit, von der Bildfläche verschwunden. Doch durch diese Mißerfolge läßt sich niemand abschrecken, im Gegenteil, sie sind der Ansporn zu neuen Erfindungen, um endlich den ersuchten sparsamen und zugleich erhältlichen Baustoff bzw. das Bausystem zu finden, das ohne Mängel den Anforderungen der Bauwelt gerecht wird.

Auch der „Gublerstein“. DRG., versucht sein Teil zur Abhilfe der Baustoffknappheit und damit der Wohnungsnot beizutragen, mit welchem Erfolge, muß seine Verwendung erst erweisen. Jedenfalls erscheint er billig und den Anforderungen, die man an Bausteine stellen kann, gewachsen.

Die Steine sind aus entsprechend aufbereitetem hydraulischem Kalk und Kies oder — je nach der verlangten Druckfestigkeit — aus einer von diesen Bindemitteln unter Zusatz von Zement hergestellten Masse gefertigt. Durch die dem System eigene gleichmäßige Verteilung sämtlicher Auflagedrucke wird selbst nur bei der Verwendung von hydraulischem Kalk als Bindemittel eine ausreichende Festigkeit erzielt, so daß man auf Zement einzeln in außergewöhnlichen Fällen (Hochbau usw.) angewiesen ist.

Der Stein ist 50 cm lang, 25 cm hoch und 12 cm stark. Die an dem Stein befindlichen beiden Rippen sind 6 cm stark und 8 cm lang, bei 25 cm Höhe. Sie sind so angeordnet, daß beim Versetzen der Steine Rippe auf Rippe paßt und die Isolierfähigkeit einer 15 zölligen Wand ersetzt. Gerade hierin ist beim Gublerschen Stein die Kohlenersparnis augenscheinlich, denn der Baustoff zur Ausführung in Backsteinmauerwerk besteht aus Baustoffen, die für 100 kg mindestens 20 v. H. Kohle zu ihrer Herstellung beanspruchen, wogegen sich der Gublersche Stein aus 3 bis 4 Teilen Kies, der keine Kohle kostet, und einem Teil Bindemittel, das seinerseits nur 20 v. H. Kohle erfordert, zusammensetzt.

Die weitere Kohlenersparnis ergibt sich daraus, daß, abgesehen von der Entbehrlichkeit des Außenputzes, entsprechend der Steinkonstruktion, für das Verbinden des Mauerwerkes der denkbar geringste Mörtelverbrauch in Betracht kommt. An dem Stein befinden sich nämlich oben und rechtsseitig je eine Mörtelrinne, unten und linksseitig je eine Wulst, die beide rundlich gehalten sind. Die Nuten dienen zur Aufnahme des Mörtels, der durch die Wulst in die Fugen gedrückt wird. Hierdurch wird neben einer sehr schnellen Vermauerung geringster Mörtelverbrauch gewährleistet.

Die Rippen dienen außerdem der Befestigung einer von der Außenwand isolierten Innenwand; diese kann aus den verschiedensten örtlich erreichbaren und preiswertesten Baustoffen gefertigt werden. Dadurch wird jeder Ansicht über die Verwendung der verschiedenen sogenannten amenden Innenwände Rechnung getragen. Es soll der Bandende nicht gezwungen sein, eine ihm nicht genehme Innenwand als gegeben mit in Kauf zu nehmen, wie das vielen Ersatzbauweisen fast durchgängig eigen ist, bei denen Innen- und Außenwand in engster, oft durch den Stein verursachten Verbindung stehen.

Für das Anbringen der Innenwand sind in den Rippen Dübellöcher vorgesehen, mittels derer eine Zwischenlage von Holz oder anderen isolierenden Materialien befestigt wird, so daß eine vollständige Isolierung der Innen- von der Außenwand entsteht.

Außerdem werden durch die Rippen zwischen beiden Wänden Luftkanäle hergestellt, die einen feuchten Niederschlag an der Innenwand ausschließen; diese können entweder bis zum Dache durchgehen oder nach Wunsch und Bedarf mehr oder weniger abgedeckt werden.

Weiter dienen die Luftkanäle der Aufnahme von Röhrenleitungen, Lüftungsleitungen, Ventilations-schächten usw.; auch die Schornsteine sind durch sie herstellbar, indem man die Steine mit den Rippen gegeneinander versetzt.

Fenster und Türen werden in der üblichen Form angeschlagen. D. O.



Bautechnische Sonderfragen.

Geeignete Antworten, deren Inhalt im allgemeinen von Wert für die Fachwelt ist, werden veröffentlicht und vergütet.

Zur Frage 9. Antwort b. Die Befürchtung, daß die in dem Kunststoffen enthaltenen Salze eine baldige Zerstörung der Wände und des Fußbodens herbeiführen würden, ist durchaus berechtigt und deshalb müssen die Wandflächen gegen derartige Angriffe geschützt werden. In einfachster Weise geschieht dies dadurch, daß man zunächst die vorhandene Putzfläche von der Wand entfernt, die Fugen tief auskratzt, dann einen Goudron- oder Teeranstrich aufträgt, jetzt Falzbau-pappen anbringt und nun die ganze Fläche mit einem wasserdichten Mörtel glatt putzt. Einen solchen Isoliermörtel bereitet man sich am besten aus Zementmörtel, dem man ein wirksames Dichtungsmittel, wie etwa Awa-Mörtelzusatz, Ceresit, Heimalol u. dgl., zusetzt. Mit dem gleichen Mörtel überziehe man auch den Zementfußboden, wobei alle Ecken und Kanten gut abzurunden bzw. auszurunden sind. Selbstverständlich ist die ganze Arbeit außerordentlich sorgfältig, unter peinlicher Befolgung der Vorschriften zur Durchführung zu bringen, die von den Dichtungsmittelherstellern gegeben werden. Besonders zweckmäßig erscheint es, den Fuß-

boden mit Gefälle nach einer Ecke herzustellen und ihn mit einer auf Leisten liegenden Bretterlage abzudecken, damit die sich eventuell niederschlagende Nässe unter dem Holzbelag abziehen kann. Dadurch, daß man den Fußbodenbelag aus einzelnen Brettertafeln mit unteren Leisten herstellt, besteht die Möglichkeit, die Brettertafeln von Zeit zu Zeit wegzunehmen und eine gründliche Reinigung des Betonbodens herbeizuführen. Sie können auch die Wandfläche in der allgemein üblichen Weise mit Zementmörtel putzen und dann die Fläche mit wasserabweisendem Preolit bestreichen. Da nun aber die Wandflächen wahrscheinlich in mehr oder minder stärkerer Weise bestoßen werden, ist eine öftere Beschädigung und Ausbesserung der Wandflächen zu erwarten. — Eine ganz besonders gute, allerdings unter den gegenwärtigen Verhältnissen etwas teure Bauart wäre das Belegen der Wände und des Fußbodens mit Glasplatten und Auskitten der Fugen mit

einem wasserdichten Sternzement, Awakitt, Glycerin-Bleiglättekit u. dgl. — Bezugsquellen für die verschiedenen Werkstoffe erfahren Sie durch die Schriftleitung. Hartmann.

Inhalt.

Ausführungsvorschriften zu den Bestimmungen des Reichsrats vom 10. Januar 1920 über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen. — Bauart und Gestaltung der Holzdecke (Schluß). — Befalplatten. — Verschiedenes. — Bautechnische Mitteilungen. — Bautechnische Sonderfragen. — Handelsteil.

Abbildungen.*

Blatt 33. Katholische Pfarrkirche in Bromberg.
Blatt 34. Dom in Gnesen. Tür der Potockischen Kapelle (links) und Bronzezeit der katholischen Pfarrkirche in Schroda (rechts).

* Nach § 18 des Kunstschutzgesetzes ist ein Nachbaben nach den hier abgebildeten Bauwerken und wiedergegebenen Plänen unzulässig.

Handelsteil.

Blei.

Neue Preiserhöhung für Bleifabrikate. Die Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate in Köln hat den Syndikatspreis für Walzblei, Bleirohr und Bleidraht mit Gültigkeit vom 11. Februar d. J. ab auf 1800 Mark % kg Frachtbasis Breslau ausschließlich Verpackungskosten gegen Barzahlung ohne Abzug bei Erhalt der Rechnung festgesetzt. Bei Bezug dieser Fabrikate ab Lager Breslau erhöht sich der Verkaufspreis auf 1904 Mark % kg. G. E.

Holz.

Holzbörse. Am 11. Februar wurde in Cassel die vom Nordwestdeutschen Verein für Holzhandel und Holzindustrie begründete Holzbörse eröffnet. Die Beteiligung war sehr stark. Die Börse wird an jedem ersten Mittwoch im Monat abgehalten werden.

Vom nord- und ostdeutschen Holzmarkt. Die Preise steigen weiter aufwärts. Aus Neu-Polen ist erstunken kein Brett herauszukommen. Angeblich will die polnische Landtag das Schnittholz für Polen selbst zurückhalten. In Polen könnte man heute im Verhältnis preiswertes altes Schnittholz kaufen, aber die Unmöglichkeit der Ausfuhr erschwert die Entscheidung. Die Danziger und westpreussischen Interessenten rechnen mit starkem Bedarf des englischen Marktes und fordern hohe Preise. In der Landsberger Gegend (Kladow) wurden für gutes Rohholz ab Wald annähernd 1000 Mark je m gezahlt. Astreine Seiten sind sehr gesucht. Man sprach von Preisen um 1400 Mark je cbm herum. Die Waldbesitzer nützen die Konjunktur aus und fällen viel Holz, auch dort, wo es eigentlich noch nicht schlagreif ist. Selbst für geringere Bestände zahlte man 250 bis 300 Mark ab Wald. Auch die Fuhrpreise steigen stetig. Buche liegt fest. In kurzer Zeit sind die Preise von 300 Mark je cbm Schnittholz auf 800 Mark für gutes Material angestiegen. Erle ist kaum zu beschaffen. Für Dicken werden 2000 Mark und darüber gefordert. Die Preise für Kistenbretter schwanken zwischen 650 und 750 Mark. Die Fabriken sind kauftüchtig. Auch ästige Seitenbretter wurden lebhaft verlangt. X

Zement.

Außenhandelsniederstelle für Zement. Am 21. Januar 1920 ist die Außenhandelsniederstelle für Zement gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Direktor Schlüter (Dornap), zu seinem Stellvertreter Gewerkschaftssekretär Lehmann gewählt. Die Außenhandelsniederstelle für Zement, Kalk, Gips und Traß übt die ihr vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung übertragenen Befugnisse auf dem Gebiete für Aus- und Einfuhr von Zement, Kalk, Gips und Traß innerhalb der von der Außenhandelsniederstelle für Steine und Erden aufgestellten allgemeinen Richtlinien aus. t

Bessere Kohlenversorgung der Zementwerke. Der Reichskohlenkommissar hat nach längeren Verhandlungen jetzt in eine bessere Kohlenversorgung der Zementwerke mit rückwirkender Kraft vom 1. Februar ab eingewilligt. Die

Zementindustrie wird jetzt in Klasse 1 unter die lebenswichtigen Betriebe eingereiht. t

Ziegel.

Neue Richtpreise für Ziegeln. Mit Rücksicht auf die bedeutende Erhöhung der Herstellungskosten der Ziegeln hat der Arbeitsausschuß für die Zieglbewirtschaftung bei der Regierung in Oppeln folgende Richtpreise festgesetzt: Vor- und Hinterrangierungsziegeln 170 Mark, Hohl- und Lochziegeln 190 Mark, Biberschwänze über 6 v. H. Wasseraufnahmefähigkeit 308 Mark, Biberschwänze unter 6 v. H. Wasseraufnahmefähigkeit 350 Mark. Die Preise gelten für 1000 Stück unverpackte Ware ab Werk. Für den Industriebezirk gelten um 5 Mark billigere Preise. t

Zieglpreise in Ost-Sachsen. In einer mit der Zieglverkaufs-Verenigung in den Bereichen der Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen stattgefundenen Besprechung sind für die in nachstehend aufgeführten Amtshauptmannschaften gezeigten Ziegeleien die folgenden Preise für Manorziegel festgesetzt worden: Bautzen ab 1.1.20 150 Mark, Dresden ab 29.11.19 150 Mark, Freiberg ab 29.11.19 130 Mark, Großhain ab 1.1.20 145 Mark, Kamenz ab 29.11.19 145 Mark, Löbau ab 1.1.20 150 Mark, Meißen ab 29.11.19 145 Mark, Pirna ab 29.11.19 150 Mark, Zittau ab 1.1.20 150 Mark. Die Preise gelten für 1000 Stück ab Werk. t

Verschiedenes.

Fortfall der Dringlichkeitsbescheinigungen. Einem Antrag des Vereins der Kalksandsteinfabriken zufolge hat sich der Reichskommissar für Wohnungswesen damit einverstanden erklärt, daß die Ausstellung von Dringlichkeitsbescheinigungen für die Lieferung von Kalk an die Kalksandsteinfabriken mit dem 1. Februar 1920 fortfällt und die Kalksandsteinbetriebe die Kalksandsteine im Rahmen des Kontingents unmittelbar beliefern. t

Neugründung. In einer in Butthen abgehaltenen Versammlung der Baumaterialienhändler der Provinz Oberschlesien wurde ein Unterverband der Baumaterialienhändler für die Provinz Oberschlesien, im Anschluß an den Verband der vereinigten Baumaterialienhändler Deutschlands e. V., in Leipzig gegründet. Der Sitz des Unterverbandes ist Kattowitz. Als 1. Vorsitzender wurde Herr Kosnoll von der Firma Haendel u. Schaben, Kattowitz, gewählt.

Meisterprüfung.

Königsberg Pr. Hier haben die Herren Wilhelm Fröhlich, Walter Grodde und Hugo Blenkowski die Prüfung als Maurermeister und Herr Georg Meyer aus Gerdauen die Prüfung als Zimmermeister bestanden.

Oppeln. Die Prüfung als Maurermeister hat vor der Prüfungscommission der Handwerkskammer zu Oppeln der Tiefbauingenieur und Bauführer Ernst Berndt aus Lebbusch bestanden.

